



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

131. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:37 Uhr bis 18:35 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	11
---	-----------

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, TOP 1 in Verbindung mit TOP 17 zu behandeln.

1 Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen	12
--	-----------

in Verbindung mit:

17 Stand der Digitalisierung der Gesundheitsämter in NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])	12
--	-----------

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6063

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

**2 Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operations-
technische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen 25**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14303

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14581

Ausschussprotokoll 17/1613 (Anhörung vom 10.11.2021)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15884

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15883

- Auswertung der Anhörung
- Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/14581 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/15883 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/15884 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW)

27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12306

Ausschussprotokoll 17/1447 (Anhörung vom 09.06.2021)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14580

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15885 – Neudruck

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/14580 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/15885 Neudruck mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

4 Teilhabe von Menschen mit Behinderungen neu und innovativ gestalten – Inklusion in Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen!

28

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10632

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10736

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15886

Ausschussprotokoll 17/1235 (Anhörung vom 03.12.2020)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/15886 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/10632 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag Drucksache 17/10736 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

5 Aufbau von Muttermilchbanken, um die Gesundheit von Frühgeborenen durch nachhaltige Bereitstellung von Spender-Muttermilch sicherzustellen 31

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14071

Ausschussprotokoll 17/1516 (Anhörung 27.08.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

6 Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen: Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik! 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14076

Ausschussprotokoll 17/1542 (Anhörung vom 15.09.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Kritische Lage auf den Intensivstationen – Personalmangel als zentrales Problem im Gesundheitswesen 33

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15453

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

8 Mit Hebammen und Entbindungspflegern gut versorgt von Anfang an 34

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/535

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/614

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15680

Ausschussprotokoll 17/120 (Anhörung 06.12.2017)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/15680 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu. Der Entschließungsantrag Drucksache 17/614 sowie der Antrag Drucksache 17/535 sind damit erledigt.

9 Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernstnehmen! 35

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13775

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung vom 02.11.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung
– Votum an den federführenden Ausschuss

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

10 Lehren aus der Pandemie ziehen – für einen grundlegenden Paradigmenwechsel bei der Unterbringung, Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten 36

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14261

Ausschussprotokoll 17/1621 (Anhörung vom 10.11.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung
– Votum an den federführenden Ausschuss

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

11 Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15517

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung am 2. Februar 2022 durchzuführen.

12 Prävention und soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren stärken! Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung strukturell entgegenwirken! GemeindeschwesterPlus-Modelle in NRW erproben! 39

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15641

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung durchzuführen.

13 Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention 40

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15631

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Innenausschusses zu beteiligen.

14 Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen **41**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14305

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14582

Ausschussprotokoll 17/1616 (Anhörung 10.11.2021)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

15 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen! **42**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

Ausschussprotokoll 17/1607 (Anhörung 02.11.2021)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Behandlung des Antrags zu vertagen.

16 Ergebnisse der 98. ASMK am 01. und 02.12.2021 (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6138

– Wortbeiträge

18 Schließung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bochum-Linden **44**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

19 Verschiedenes **47**

- keine Wortbeiträge

* * *

14 Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14305

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14582

Ausschussprotokoll 17/1616 (Anhörung 10.11.2021)

– Auswertung der Anhörung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sowie an den Wissenschaftsausschuss am 30.06.2021)

Peter Preuß (CDU) erinnert, die Anhörung habe die Notwendigkeit der Akademisierung des Hebammenberufes gezeigt. Somit werde ein Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung benötigt. Die Anhörung habe breite Zustimmung hierfür ergeben.

Christina Weng (SPD) sieht dies ebenso, gibt aber zu bedenken, Hebammen wollten darüber hinaus für den Dammschnitt verantwortlich sein und nicht auf das versorgende Element beschränkt werden. Im Rahmen der Akademisierung sei dies sowohl in der Lehre als auch in der Durchführung gut zu realisieren.

ORR'in Anna-Karoline Dahmen (MAGS) unterstreicht, Letzteres sei bereits im Entwurf enthalten, allerdings nicht separat aufgeführt, weil man eine Umstellung von Tätigkeiten hin zu grundlegenden Aufgaben vorgenommen habe. Dass eine Hebamme im Rahmen der geburtshilflichen Versorgung typischerweise einen Dammschnitt vornehme, sei völlig unstrittig und ergebe sich auch aus der Begründung.

In der internen Verbändeanhörung sei sehr viel und breit darüber diskutiert worden. Aus Rechtsetzungsaspekten sei es nicht erforderlich, ihn gesondert aufzuführen, auch wenn die Hebammen ihn gerne aufgelistet sähen. Dass es in der Praxis so sein und bleiben solle, sei jedoch unstrittig.

